

der Bundeswehr abhelfen können: der Diskriminierungsneurose des Offizierkorps, das seine höchsten Repräsentanten im Verfassungs- und Organisationsgefüge des Bundes zu niedrig plazierte sieht.

Trettner fand bald heraus, daß die politischen Zeitbedingungen seinem Projekt im Wege standen. Noch im vorigen Frühjahr hoffte er, der Bundestag werde den Verfassungsauftrag, die Organisation des Verteidigungsministeriums bundesgesetzlich zu regeln, auf die längere Bank schieben.

Aber die Wehrparlamentarier drängten Hassel, den Organisationsentwurf vorzulegen. Das geschah im letzten Sommer. Der Minister, durch die immense Arbeitskraft Gumbels verwöhnt, beließ dem Staatssekretär das ministerielle Alleinvertretungsrecht.

Trettner avancierte zwar zum militärischen Hauptabteilungsleiter. Mit ihm jedoch, auf derselben Stufe gleichberechtigt, konkurrierten die beiden zivilen Hauptabteilungsleiter Knieper (Rüstung) und Wirmer (Verwaltung). Die Führungsstäbeler der Bundeswehr murrten, in der Spitze gebe es nun — außer dem Minister — drei Zivilisten und nur einen Soldaten.

Die „Süddeutsche Zeitung“, die dem Generalinspekteur zum Amtsantritt reichlich Lorbeer vorgeschossen hatte, schrieb alsbald, Trettners „sinnloser Prestigekampf“ habe eine „Vertrauenskrise“ zwischen Hassel und ihm verschuldet, die am besten durch seinen „honorigen Abschied“ aus der Welt zu schaffen sei.

Trettner dagegen sagte: „Mir ist weder von einer Krise zwischen dem Minister und mir, noch von meinen eigenen Rücktrittsabsichten irgend etwas bekannt.“

Dieses Dementi klang um so glaubwürdiger, als Trettner nicht der Mann ist, der verbiestert durch die Wand will. Er gewann Zeit, als Hassels — unerledigter — Organisationsentwurf im letzten Herbst mit dem Ende der 4. Legislaturperiode des Bundestages Makulatur wurde.

Im Verteidigungsministerium tüftelten die Organisatoren auf neue am alten Entwurf. Abermals verlangten die Militärs den militärischen Staatssekretär. Der beamtete Staatssekretär Gumbel forderte Trettners Kopf: „Solange ich im Ministerium bin, wird es keinen zweiten Staatssekretär geben.“

Minister von Hassel suchte Ersatz für Trettner. Er reiste in den Schwarzwald nach Wildbad, wo Vier-Sterne-General Johann Adolf Graf Kielmansegg, Befehlshaber der Nato-Heeresverbände Europa-Mitte, eine Kur absolvierte. Kielmansegg lehnte „aus Loyalitätsgründen“ die Nachfolge Trettners ab. Drei-Sterne-General Ulrich de Maiziére, Inspekteur des Heeres, zeigte sich ebenfalls mit dem Generalinspekteur solidarisch.

Nun präsentierte Staatssekretär Gumbel seinen Kandidaten für Trettners Stuhl: Drei-Sterne-General Werner Panitzki, Inspekteur der Luftwaffe. Doch Hassels Gehilfen warnten, Panitzki sei angesichts der Serie von Starfighter-Abstürzen, ob schuldig oder nicht, schlechterdings nicht geeignet.

Minister Hassel entschied definitiv: „Die Frage des militärischen Staatssekretärs ist von mir ganz klar verneint worden.“ Trettner steckte zurück.



Generalinspekteur Trettner
Oberbefehl im Widerstreit

Es blieben zwei „Kernfragen“: Das Vertretungsrecht des Staatssekretärs für den Minister, so argumentierten die Führungsstäbeler der Bundeswehr, könne nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien nur hausintern gelten. Die Truppe, mithin die Befehls- und Kommandogewalt des Ministers, bleibe davon ausgeschlossen. Was also den Oberbefehl anlangte, müsse der Generalinspekteur unmittelbar hinter dem Minister rangieren. Und: der besondere Auftrag des Generalinspektors — sein Sitz im Bundesverteidigungsrat, seine Repräsentationspflichten in Nato-Kollegien und das Inspektionsrecht über die Truppe — hebe ihn weit von den Kompetenzen der beiden zivilen Hauptabteilungsleiter ab.

Der Text des Organisationsgesetzes müsse diese Differenz berücksichtigen und dem Generalinspekteur vor den zivilen Hauptabteilungsleitern auch protokollarische Vorrechte geben.



Staatssekretär Gumbel
Befehlsgewalt für einen Beamten

Das war der Stand des Spitzenstreits im Bonner Verteidigungsministerium Ende März dieses Jahres. Staatssekretär Gumbel trumpfte auf: „Nun ist es aber genug. Jetzt muß Trettner endlich weg.“

Trettner bezog Position: „Ich bin loyaler Soldat. Wenn meine Vorstellungen nicht berücksichtigt werden, muß ich an dem Tage, an dem der Organisationsentwurf aus dem Haus ins Bundeskabinett geht, dem Minister meinen Rücktritt melden. Denn dann könnte ich die Auffassung des Hauses draußen nicht mehr vertreten.“

Minister von Hassel versprach, er werde Trettners Wünsche bis Anfang Juni noch einmal prüfen. Zu Parlamentariern sagte Hassel, noch seien „gewisse Schwierigkeiten mit dem Generalinspekteur“ nicht ausgestanden. Sollte Trettner zurücktreten — „dann gibt es nur einen Mann für das Amt: Maiziére“.

Mittlerweile traf Hassel in der Sache eine Entscheidung, die den beiden Kontrahenten Gumbel und Trettner je zur Hälfte recht gibt: Das ministerielle Vertretungsrecht des Staatssekretärs „in allen Fragen“, meint der Minister, umfasse auch die Befehls- und Kommandogewalt; ein staatsrechtliche „utachten darüber hat er bestellt.“

Aber: Ein „gewisses Hervorheben des Generalinspektors“ vor den beiden zivilen Hauptabteilungsleitern sei durchaus berechtigt.

Hassel am letzten Freitag: „Ich habe keinen Anlaß anzunehmen, daß der Generalinspekteur damit nicht einverstanden ist. Er bleibt also in seinem Amt.“

Trettner bestätigte es. Im kleinen Kreis freilich: „Mit Herrn Gumbel werde ich nie fertig werden. Dessen Position ist zu stark.“

SPD-PARTEITAG

Aufgalopp beim Pothast

Der Vulkan Wehner trat so plötzlich in Tätigkeit, daß selbst Kenner dieser politischen Kraterlandschaft erschauerten. Ohne Warnung und wie es schien auch ohne Grund ließ der feuer-speiende Vize der deutschen Sozialdemokraten Glut und Asche auf die Kommunisten aus dem Reiche Ulbrichts herniederregnen.

Doch dies war nicht Chemnitz, sondern Dortmund; dies war nicht der Redneraustausch des 14. Juli, sondern eine Pressekonferenz zur Eröffnung des SPD-Parteitags am Mittwoch vergangener Woche. Dennoch wurde es ein Aufgalopp.

Drei von zwölf DDR-Journalisten, die erstmals seit Jahren wieder auf einem SPD-Parteitag zugelassen worden sind — Harri Czepuck vom „Neuen Deutschland“, Werner Micke von der Ost-„Berliner Zeitung“ und Günter Pötschke vom Nachrichtenbüro ADN —, stichelten beim westfälischen Pfeffer-Pothast und bei sauren Gurken mit Fragen nach der kompromißloseren Haltung der drei SPD-Vorsitzenden Brandt, Erler und Wehner zu den Bonner Notstandsgesetzen. Es waren Fragen, die auch westliche Journalisten, wenn schon in weniger provozierender Absicht, hätten stellen mögen. Gleichwohl brachten sie sowohl bei Wehner als auch bei Erler das ruhige Blut zum Sieden.

Wie von der Bogensehne geschnellt, sprang Wehner auf, hielt die Pfeife im Anschlag, als wolle er aus der Achsel feuern, und verwies dem „Neuen Deutschland“ fortissimo und mit bellenenden Wortsalven die „dummen Bemerkungen“ und die auf Unterwanderung zielenden „Legenden“ über die deutschen Sozialdemokraten.

So eröffnete Rechtsausleger Herbert Wehner bereits den Schlagabtausch, ehe noch das letzte Wort über den Redneraustausch (siehe Seite 28) gefallen ist — als müsse er um jeden Preis und von allem Anfang an demonstrieren, daß etwas anderes als eine rhetorische Prügelei in Chemnitz gar nicht in Frage komme.

In der Tat erschien der Spiritus rector dieser Konfrontation der deutschen Sozialdemokraten mit den deutschen Kommunisten keineswegs als das Inbild treibender Kraft auf dem Parteitag in Dortmund, auch nicht als der überlegene Taktiker, der den mehr oder weniger

falenhalle, wie Wehner am Ende seines nicht beizuteilen fertig gewordenen Referats am Donnerstagabend — aus dem Stegreif und vergangenheitsverdunkelt — seine eigenen Erlebnisse zum Beweisangebot machte: „Ich war Kommunist.“ Und aus solcher Ehemaligkeit vermöge er zu beurteilen und wolle er zu bedenken geben, „wie leicht dort (nämlich bei den Kommunisten) umgeschaltet werden kann“.

Die wenigsten in der Halle verstanden wohl den eigentlichen Sinn des Exempels, das Wehner sich, auch sprachlich umdüstert, hier abrang: daß nämlich die Konfrontation mit den Kommunisten, wenn sie zum unkontrollierten Trend ausufere, für die Sozialdemokratie zu einem Gang auf Leben und Tod werden könnte.

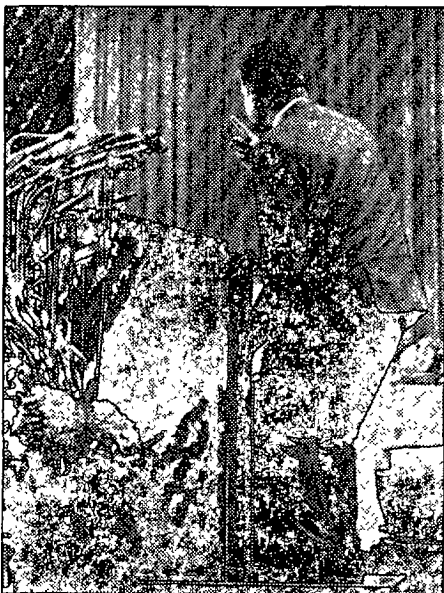
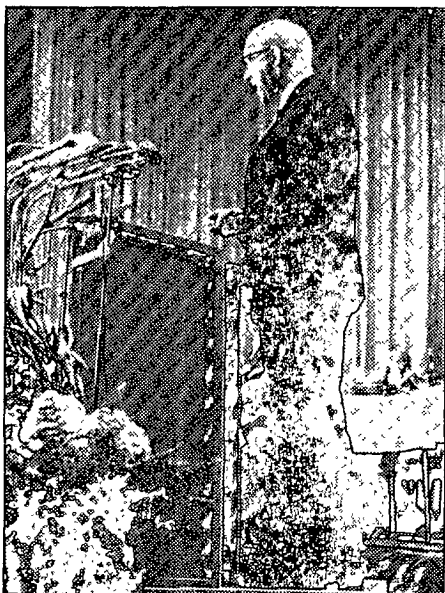
Der Trend aber war da, auch auf dem Parteitag. Er blieb eine Unterströmung. Aber er manifestierte sich dennoch in den Anträgen und Diskussionsbeiträgen einer Minderheit, vornehmlich aus Hessen-Süd und Baden-Württemberg,

lichen Gemeinschaft“, auf ein „Bekenntnis zur Nation“ und ein kräftiges „Ja zum Vaterland“ trat der abgedankte Kanzlerkandidat, der vom Parteivorsitz nicht lassen wollte, den Linksabweichungen des Trends in einem Akt der Vorwärtsverteidigung entgegen.

Brandt: „Wir fürchten uns nicht, nach Chemnitz zu gehen... Aber Herbert Wehner, Fritz Erler und ich gehen nach Chemnitz auch nicht nur, um dort einen rednerischen Ringkampf aufzuführen. Schlagabtausch ja, soweit es nötig ist. Aber Sachlichkeit im Interesse von praktischen Fortschritten, und seien sie noch so klein, soweit es möglich ist.“

Den „Tiger der Volksfront“ bändigte der Berliner Bürgermeister mit dem kecken Peitschenknall des Dompteurs, der sich darauf verläßt, daß draußen vor dem Gitter des Käfigs genügend pistolenbewehrte Helfer stehen. Sein Rezept: Es gelte,

▷ davon auszugehen, daß grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten mit



SPD-Parteiredner Erler, Brandt, Wehner: Mit dem Genossen Trend nach Chemnitz

gefarnt auf ihn zielenden Heckenschützen mit einer spektakulären Initiative das Pulver naß gemacht hat.

Eher schon wirkte er wie ein Mann, dem das forschende Rumoren der Geister, die er rief, nun die quälende Vision schrecklicher Erfahrungen und drohender Gefahren heraufbeschworen hat. Manchmal schwang in seinen Wortwendungen das unterdrückte Pathos des Schwergeprüften mit, der sich in die Pflicht genommen fühlt, bei der Begegnung mit den Kommunisten abermals — und diesmal namens der Sozialdemokraten — zu erleiden, was er persönlich schon einmal durchlitten hat. Es klang, als gehe Herbert Wehner nach Chemnitz wie ins letzte Gefecht.

Wehners Warnung: „Die SED möchte testen, ob das, was sie sich unter ‚sozialistischen Berührungspunkten‘ zwischen SED und SPD vorstellt, wirksam gemacht werden könnte. Wozu es wirksam gemacht werden könnte? Zur Deformation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Stecknadelstill und atemlos hörten die Abgesandten der Partei in der West-

die nicht nur den Parteivorstand, sondern auch untere Parteimitglieder in vervielfältigte Kontakte mit den Kommunisten einbezogen sehen wollte.

Und er war schuld daran, daß — trotz des grimmen Streits mit Otto Brenners Metallgewerkschaftlern aus Hessen-Süd um deren Nein zum Notstand — die Deutschlandpolitik zum beherrschenden Thema des Parteitages wurde.

Aber es war nicht mehr Herbert Wehner, der diesen Trend zu fassen bekam; es waren nicht seine allzu deutlich von selbstquälerischem Pessimismus gezeichneten Warnungen, die der durch Chemnitz ausgelösten Bewegung die gewünschte Richtung vorschrieben.

Es war Willy Brandt. Er bekam den Trend zu fassen, indem er ihn formulierte. Ihm gelang, dem Parteitag zu zeigen, daß er — befreit von dem Zwang, einem verkäuflichen Image zu liebe das Blaue vom Himmel über der Ruhr herunterzuholen — zumindest dieses kann: eine Bewegung, die er gar nicht selber in Gang gesetzt hat, auf eine positive Formel zu bringen.

Ganz eingestellt auf sozialdemokratische „Identifizierung mit der staat-

den Kommunisten nicht überwunden werden können,

- ▷ die Spaltungsbestrebungen der Kommunisten zu erkennen und dennoch nicht furchtsam zu sein,
- ▷ die Kommunisten in ihrem eigenen Einflußbereich durch feste Haltung zu einer Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Argumenten zu zwingen.

Die Härte dieser Argumente aber sollte, so Brandt, „im Sachlichen“ liegen. „Um auf die Kommunisten zu schimpfen, brauchen wir nicht nach Chemnitz zu gehen. Das kann man hier auch.“

Brandt selber beteiligte sich demonstrativ nicht am Schimpfen. Dafür demonstrierte er Härte im Sachlichen, wie seit langem nicht.

Ein veränderter Willy Brandt präsentierte sich der Partei als ihr Vorsitzender: ein Brandt, dem neue Kräfte zugewachsen sind, seit er sich nicht mehr vor den Augen der deutschen Wählerschaft beständig in Posen werfen muß, die ihm nicht passen; der neue Kon- dition gewonnen hat, seit er von Wein

und Zigarillos ungeniert zu Bier und Korn und Zigaretten zurückgekehrt ist, die ihm besser schmecken.

Er verkündete keine neue Deutschlandpolitik, allenfalls modifizierte er, mutiger als zuvor, die alte. Aber seine Rede war frei von den Konvulsionen vergeblicher Vergangenheitsbewältigung. Seine rauhe Rhetorik klang moduliert, seine stereotype Gestik war einprägsamer als je im Wahljahr 1965.

Der Dortmunder Parteitag blieb von alledem nicht unbeeindruckt. Während weder Erler noch Wehner noch auch Helmut Schmidt dem Parteivolk ähnlichen Anstoß zum Prestigegewinn gaben, munkelten manche Delegierten: Willy ist wieder wer.

REDNERAUSTAUSCH

Sofort ins Hotel

Neben Willy Brandt, Herbert Wehner und Fritz Erler wird am 14. Juli in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) auch Väterchen Frost mit von der Partie sein.

Die Sozialdemokraten wollen ihren Auftritt in der DDR zu einer Demonstration eisiger Distanziertheit machen: Jegliches Genossen-Getue mit den Zonen-Kommunisten ist unerwünscht.

Seinen Unterhändlern Fritz Stallberg und Hans Striefler hat der SPD-Vorstand deshalb für die in dieser Woche beginnenden Vorbereitungen des gesamtdeutschen Rede-Duells der SPD mit der SED präzise Verhandlungs-Anweisungen mitgegeben.

Kernpunkt der Partei-Direktive: Mit den Ulbricht-Emissären Paul Verner und Werner Lamberz ist ein Programm für Chemnitz zu vereinbaren, das jede Phase des knapp 24stündigen DDR-Aufenthaltes der SPD-Spitze deckt und mögliche Solidarisierungs-Versuche der Einheitssozialisten abblockt.

Das taktische Rezept sieht vor, jeden öffentlichen Auftritt, insbesondere die Begrüßung und den Versammlungsablauf, in allen Einzelheiten vorher festzulegen. Dadurch sollen Überraschungsmanöver der Art verhindert werden, wie sie dem Chefredakteur des SPD-Organs „Vorwärts“, Jesco von Puttkamer, 1959 in Moskau widerfahren waren.

Puttkamer hatte sich damals mit einer Delegation sozialdemokratischer Journalisten im Kreml von Nikita Chruschtschow auf die Anrede „Genosse“ festlegen lassen und war bei der Heimkehr von empörten Parteifreunden dafür als „Trojanischer Esel“ verhöhnt worden.

Die Sozialdemokraten erstreben deshalb jetzt eine minutiöse Regieanweisung, die für Kontakte der SED-Prominenz mit der SPD-Troika keinen Raum läßt.

Gegen Mittag des 14. Juli will die etwa 25 Mann starke sozialdemokratische Delegation von West-Berlin aus zur Reise in Walter Ulbrichts Land aufbrechen: In etwa dreieinhalb Stunden wird der SPD-Konvoi, auf vorgeschriebener Route und von Vopo-Fahrzeugen eskortiert, den Turnierplatz Karl-Marx-Stadt erreichen, wo die Sozialdemokraten in einem ausschließlich für sie reservierten Hotel absteigen sollen.



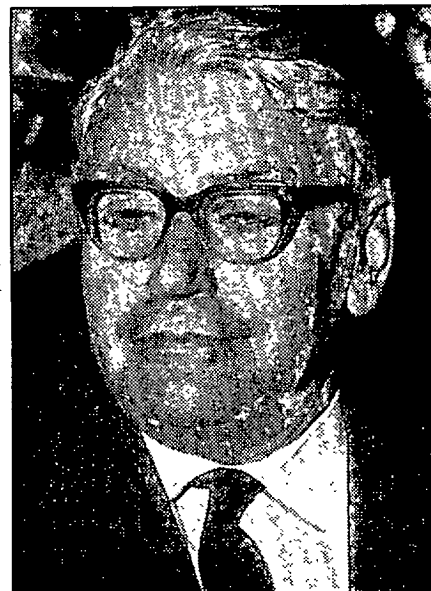
Stern

„Mit einem solidarischen Händedruck wird die Freundschaft zwischen den deutschen Arbeiterparteien besiegelt!“

Ihren bislang noch unbekannten Debatte-Gegnern wollen Brandt, Wehner und Erler erstmals gegen 19.00 Uhr in der Kulturhalle des Maschinenbauwerkes „VEB 8. Mai“ gegenüber treten.

An der Beflaggung und Ausschmückung des etwa 1500 Menschen fassenden Raumes werden die Sozialdemokraten keinen Anstoß nehmen, auch nicht an Walter Ulbricht, dem DDR-Staatsrats-Vorsitzenden und SED-Chef, den sie mit Sicherheit im Saal erwarten — sei es als Redner oder als Zuhörer.

Auf die Anrede „Genosse“ wollen die Westdeutschen nicht eingehen. Be-



Bundesbank-Präsident Blessing
Entziehungskur für die Wirtschaft

grüßungslogen sowie der Austausch von Volksfront-Parolen sollen unterbleiben. Nach Beendigung der auf etwa drei Stunden Dauer veranschlagten Kundgebung kehren die SPD-Redner sofort in ihr Hotel zurück: Sie werden an keinem Bankett teilnehmen und keine Besichtigungsfahrt durch die Stadt akzeptieren.

Die Brandt-Crew will sich von Ulbricht auch nichts spendieren lassen. Am Morgen nach dem Duell wird sie die Hotelrechnung aus eigener Tasche begleichen und die Rückfahrt zur Insel West-Berlin antreten.

Zum Austausch von Handshakes mit der SED-Prominenz soll es möglichst gar nicht kommen. Die Bonner Grenzgänger wollen lediglich dem kommunistischen Versammlungsleiter bei der Ankunft in Chemnitz die Hand geben. Junge

Pioniere mit roten Nelkensträuben werden Willy Brandt und seine Stellvertreter freilich nicht abweisen. Stallberg: „Warum sollten wir denn Kindern gegenüber unseren Unmut zum Ausdruck bringen?“

KONJUNKTUR

KRISE

Blühend welken

Jeder dritte der Bundesbürger, die dem Emnid-Institut alle Vierteljahr ihre Sorgen und Wünsche verraten, glaubt, es werde ihm im Sommer 1966 schlechter gehen als im Frühjahr. Die Zahl der Pessimisten verdoppelte sich binnen zwölf Monaten.

Die Preise steigen, und die Börsenkurse fallen, es wackeln die öffentlichen Haushalte, Devisenreserven schmelzen, Gewinne schrumpfen, Investitions- und Sparneigung schwinden — doch der Kanzler sitzt still „wie eine Spinne im Netz“ (SPD-Abgeordneter Klaus Dieter Arndt während der jüngsten Haushaltsdebatte im Bundestag). Erhard: „Diese Regierung hat sich nichts vorzuwerfen, keine Schuld und keine Versäumnisse.“

Die Mark wurde innerhalb eines Jahres um 4,5 Pfennig leichter; niemals nach der Korea-Krise stiegen die Preise so rasch:

- ▷ für Kleidung und Schuhe um 3,4 Prozent;
- ▷ für Nahrungs- und Genußmittel um 4,9 Prozent;
- ▷ für Körper- und Gesundheitspflege um fünf Prozent;
- ▷ für Wohnung um 8,4 Prozent.

Die Sparer erkannten die Zeichen der Zeit. Im selben Monat, in dem die Automobilindustrie die Preise an hob,